

Antragssteller

Ort, Datum

Landschaftsverband

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung (Darlehn) zur Förderung von Baumaßnahmen bzw. dem Gebäudeerwerb freier gemeinnütziger und kommunaler Träger im Bereich der Sozialhilfe

1. ANTRAGSSTELLER	
Name/Bezeichnung und Angabe der vertretungsberechtigten Person(en)	
Anschrift:	Str./PLZ/Ort/Kreis
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)
Gemeindekennziffer ¹⁾ :	
Landesplanerische Kennzeichnung ¹⁾ :	
Bankverbindung: (Bau-sonderkonto, soweit schon eingerichtet) ²⁾	Konto-Nr. Bankleitzahl Bezeichnung des Kreditinstituts
Zuständiger Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege ²⁾ :	

Hier und im folgenden: Gilt nicht für

1) freie gemeinnützige Träger

2) Gemeinden (GV)

2. MASSNAHME				
Bezeichnung/angesprochener Zuwendungsbereich				
(Neubau, Erweiterungsbau, Gebäudeerwerb, Umbau, Erneuerung und zusätzlicher Einbau von Installationen, betriebstechnische Anlagen, Außenanlagen u. ä., die über den Rahmen der Instandsetzung [Substanzerhaltung] hinausgehen)				
Grundstück: _____				
Lage: _____				
Gemeinde: _____				
Straße, Hausnummer: _____				
Grundbuch/Erbbaugrundbuch von: Gemarkung _____				
Band _____ Blatt _____ Flur _____ Flurstück _____				
Eigentümer und ggf. Erbbauberechtigter des Grundstücks mit Dauer des Erbbaurechts (noch auf mindestens 55 Jahre) _____				
Es sollen geschaffen werden: _____ (Plätze/Betten)				
Zahl der Plätze/Betten z. Z. der Antragsstellung: _____				
Zahl der Plätze/Betten nach Abschluss der Baumaßnahme: _____				
Vermehrung um _____ Plätze/Betten				
Verminderung um _____ Plätze/Betten (Besondere Begründung unter 6.1)				
3. Gesamtkosten, nur ausfüllen bei Maßnahmen nach Nr. 2.2 dieser Förderrichtlinie lt. Kosten- gliederung/EUR				
Beantragte Zuwendung/EUR				
4. Finanzierungsplan				
	Gesamt- betrag EUR	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit gem. Bauzeitenplan (Kassenwirksamkeit)		
		20....	20....	20.... und folg.
		in 1.000 EUR		
1	2	3	4	5
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)				
4.2 Eigenanteil				
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung)				
4.4 Beantragte/bewilligte öffentl. Förderung (ohne 4.5) bei/durch				
4.5 Beantragte Zuwendung (Nr. 3)				

5. BEANTRAGTE FÖRDERUNG

Zuwendungsbereich	Darlehen EUR	v. H. d. Gesamtkosten
Summe		

6. BEGRÜNDUNG

6.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme
(u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

6.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung
(u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. FINANZ- UND HAUSHALTSWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragssteller, Finanzlage des Antragstellers, Kapitaldienstbelastung nach Durchführung des Vorhabens, Höhe des Kapitalmarktdienstes je Pflegejahr usw.)

8. ERKLÄRUNGEN

Der Antragssteller erklärt, dass

- 8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten, beim Gebäudeerwerb der Abschluss des notariellen Kaufvertrages,
- 8.2 er zum Vorsteuerabzug
☐ berechtigt ☐ nicht berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- 8.3 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsanlagen) vollständig und richtig sind,
- 8.4 er in der Verfügung über sein Vermögen nicht beschränkt ist.²⁾

9. ANLAGEN

- 9.1 Stellungnahme des Spitzenverbandes zur wirtschaftlichen Lage des Antragsstellers und zu der Tragbarkeit der Folgekosten²⁾
- 9.2 Nachweis der Gemeinnützigkeit²⁾
- 9.3 Nachweis der Vertretungsberechtigung (ggf. Registerauszug)²⁾
- 9.4 Zusätzlich bei Neu- und Erweiterungsbauten, Gebäudeerwerb
 - 9.41 Grundbuchauszug
 - 9.42 Ortsplan mit Hinweis auf die Lage
 - 9.43 Bau- und/oder Raumprogramm
- 9.5 Zusätzlich bei Gebäudeerwerb
 - 9.51 ggf. Vorvertrag zum Kauf des Gebäudes

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

10. ERGEBNIS DER ANTRAGSPRÜFUNG DURCH DIE STAATLICHE BAUVERWALTUNG
(Nr. 6.9 VV zu § 44 LHO bzw. Nr. 6.8 VVG) bei Förderung im Wege der Anteilsfinanzierung

1. Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht. Die fachliche Stellungnahme wurde beigefügt.
2. Für die Durchführung der Baumaßnahme
hat der Antragssteller folgende Kosten veranschlagt: _____ EUR
3. Aufgrund der Prüfung wird folgender Betrag als
angemessen erachtet: _____ EUR

.....
(Ort/Datum)

.....
(Dienststelle/Unterschrift)